

Reform der Weltlandwirtschafts- und Welternährungsorganisation FAO (Food and Agriculture Organisation) Stand und Bewertung

Die FAO (Food and Agriculture Organisation der Vereinten Nationen) hat seit Jahren ein schlechtes Image in der Gebergemeinschaft und gilt als eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die als wenig effizient und effektiv in der Umsetzung ihrer Programme eingeschätzt wird. Um die Arbeit zu verbessern wurde 2005 auf Drängen der Geberländer eine Evaluierung in Auftrag gegeben und dabei auf ein schnelles Ergebnis gesetzt. Das große Interesse an einer zügigen Durchführung ergab sich aus der schlechten Reputation, die die FAO in der Gebergemeinschaft und unter zahlreichen Mitgliedern hatte. Der Vertrauensentzug spiegelt sich vor allem in einem seit vielen Jahren sinkenden regulären Budget nieder. Viele Geber sind in der Zwischenzeit dazu übergegangen nicht unerhebliche Teile ihrer Mittel für die FAO in Form von bilateralen Projekten oder Fonds abzuwickeln, da ihr Einfluss auf die Ausgestaltung der Projektarbeit so größer ist. Trotz hohen Zeitdrucks hat das Evaluationsteam eine methodisch fundierte und sorgfältig gemachte Evaluierung vorgelegt, in deren Rahmen zahlreiche Mitarbeiter wie auch Partner der FAO systematisch befragt wurden. Alle größeren Arbeitsbereiche wurden bewertet, wie auch die Arbeit der FAO vor Ort in verschiedenen Ländern. Auch die Erfahrungen und Einschätzungen von Nichtregierungsorganisationen wurden bei der Evaluierung berücksichtigt, sowohl auf der internationalen Ebene, wie auch in einzelnen Ländern.

In den beiden vergangenen Jahren hat die FAO zusammen mit den Mitgliedstaaten über die Empfehlungen dieser ersten unabhängigen externen Evaluierung (IEE = Independent External Evaluation) beraten, die 2006/2007 durchgeführt wurde. Der Evaluierungsbericht mit seinen Empfehlungen war Grundlage eines neuen Strategierahmens der im November 2008 bei der FAO-Konferenz zum ersten Mal diskutiert wurde und im Anschluss an den Weltgipfel für Ernährungssicherheit (ab dem 19. November) verabschiedet werden wird und damit Grundlage für eine Neuausrichtung der Institution sein wird. Zur Debatte stand in den letzten Monaten dabei nicht nur institutionelle und Managementfragen sondern auch die zukünftige inhaltliche Prioritätensetzung und Ausrichtung der FAO. Der Prozess bietet, wenn glaubwürdig umgesetzt, eine Chance, die Arbeit der FAO effizienter zu gestalten und auf ihr eigentliches Kernanliegen zu konzentrieren, die Hunger- und Armutsbekämpfung, es kann aber auch sein, dass die Empfehlungen der Evaluierung nur oberflächlich umgesetzt werden und die FAO wenig Glaubwürdigkeit gewinnt. Wichtig wird es sein, dass viele Mitglieder der Organisationen hinter den Reformempfehlungen stehen und dass auch die Zivilgesellschaft den entsprechenden Reformbedarf einfordert.

Nötig, aber dringend reformbedürftig

Die Gesamtbilanz der Evaluierung ist für die FAO eindeutig negativ. Schonungslos sieht das Evaluationsteam die FAO in einer substantiellen Krise. Das Vertrauen vieler Mitglieder und Geber in die Leistungsfähigkeit der Organisation ist gering. Die Arbeit in den Mitgliedsländern wird als besondere Schwachstelle hervorgehoben. Die FAO arbeite sowohl in den Ländern wie auch auf internationaler Ebene in viel zu vielen Bereichen und ohne Schwerpunktsetzung. Bei gleichzeitigem Rückgang der Haushaltsmittel seien selbst in den Arbeitsbereichen mit Stärken kaum noch ausreichende Kapazitäten vorhanden um sehr gute Arbeit leisten zu können. In vielen anderen Arbeitsbereichen attestiert das Evaluationsteam der FAO das Fehlen einer kritischen Masse an Sachkompetenz. Das Management wird als zu hierarchisch, bürokratisch und machtkonzentriert charakterisiert. Verbunden mit der insgesamt zu komplexen „governance“ Struktur und einer miserablen Entscheidungsdelegation würden diese Unzulänglichkeiten zu einer besonders schlechten Stimmung im Mitarbeiterstab beitragen. Engagement und Risikobereitschaft würden systematisch untergraben, viele Mitarbeiter arbeiteten deshalb vorwiegend risikovermeidend. Insgesamt wird die Situation als ausgesprochen gravierende Krise beschrieben. Die FAO sei „at the brink“. Das bisherige „Durchwursteln („muddeling through‘)“ sei kaum noch zu rechtfertigen und die notwendigen Reformen deshalb überfällig

Allerdings hält das Evaluationsteam ebenfalls fest, dass die FAO eine Organisation sei, die wichtige weltweite Dienstleistungen und öffentliche Güter erbringe, die von keiner anderen Stelle übernommen oder geleistet werden könnten. Besonders im Bereich der Standardsetzung und der Verarbeitung von Informationen und Erkenntnissen rund um die Themen Welternährung, ländliche Entwicklung und A-

rarwirtschaft sei die FAO unersetzlich. Würde es sie nicht geben, müsste sie neu erfunden werden. Es war diese Botschaft, die bei einer ersten Diskussion einer Kurzfassung des Evaluierungsberichtes im Rat der FAO im Juni 2007 unter der Mitgliedschaft auf ein breites Echo stieß. Entwicklungsländer hatten zunächst befürchtet, dass die Evaluierung die weitere Existenz der FAO in Frage stellen könnte, bzw. diese erheblich schwächen könnte. Die grundsätzliche Bewertung des Evaluierungsteams, dass die FAO wichtige öffentliche Güter bereitstelle und in dieser Arbeit unterstützt und gestärkt werden muss, wurde eigentlich von allen Mitglieder der FAO geteilt. Ebenso wurde von allen Mitgliedern unterstrichen, dass die Organisation gleichzeitig einer grundsätzlichen Reform bedürfe, damit sie diese Güter auch wirklich effizient und mit guter Qualität bereitstellen könne.

Stand der Reform

Das Evaluierungsteam macht im Fortgang der Untersuchung zahlreiche Vorschläge für eine zukünftige Ausgestaltung der Arbeit der FAO. Die Vorschläge zur inhaltlichen Neuorientierung der Organisation wurden in den letzten Jahren in einen neuen Strategierahmen überführt, der neben elf strategischen Prioritäten über 60 detaillierte „operational results“ enthält, die in der Zukunft die Schwerpunktsetzung prägen. Damit ist keine kleine Zahl erreicht worden, dennoch würde die Umsetzung zu einer gewissen Prioritätensetzung der FAO beitragen. Eine weitere Konzentration wäre wünschenswert gewesen, ist aber in einem multilateralen Rahmen nicht einfach zu beschließen, da viele Länder Sonderwünsche und eigene Vorstellungen haben.

Auch im Bereich der Budgetplanung konnten Fortschritte erzielt werden. Für die Umsetzung wurde ein neuer Budgetrahmen beschlossen. Das neue Zweijahresbudget 2010 und 2011 umfasst erstmals die regulären und die Sonderbeiträge an die Organisation, um eine größere Transparenz zu erstellen, wofür die Mittel ausgegeben werden. Inwieweit die zahlreichen Empfehlungen zur Managementreform umgesetzt werden bleibt abzuwarten. Ihre Umsetzung wäre dringend erforderlich für eine bessere Mitarbeitermotivation und eine höhere Leistungsfähigkeit der Organisation.

Größere Veränderungen wird es auch im Bereich der neuen „Governance-Struktur“ geben. Die Evaluierung hatte hier besonders Veränderungen angemahnt. Mit der Reform des Komitees für Welternährungssicherheit, die im Oktober beschlossen wurde, ist ein erster Schritt gelungen, um eine größere Kohärenz und Planung in der Arbeit aller UN-Organisationen zu erreichen, die mit Welternährungs- und Agrarthemen befasst sind. Bei der Überarbeitung der internen Gremien gibt es noch zahlreiche Debatten und Streitpunkte, die die FAO-Konferenz im November bestimmen werden. Die Geberländer hätten gerne einen FAO-Rat mit reduzierter Mitgliedschaft um schneller arbeiten zu können. Die Entwicklungsländer, in der Gruppe der 77 organisiert, haben sich dagegen eher für eine Erweiterung des zentralen Gremiums ausgesprochen. Die Zivilgesellschaft mahnt seit Jahren neue und verbesserte Beteiligungsmöglichkeiten in der Arbeit der FAO an. Im Bereich des reformierten CFS ist dies gelungen. Wie die Beteiligungsmöglichkeiten im zukünftigen Rat und bei der FAO-Konferenz sein werden, wird im November entschieden.

Zur inhaltlichen Ausrichtung

Die IEE empfahl der FAO eine strategische Auswahl von Schwerpunktthemen vorzunehmen und jene Bereiche in der zukünftigen Arbeit wegzulassen, in denen die FAO keine zentrale Kompetenz nachweisen kann. Eine solche Schwerpunktsetzung ist inhaltlich zu unterstützen. Die unabhängige Evaluierung schlug dabei vor, dass die FAO vor allem dort aktiv bleiben solle, wo sie eine kritische Masse an Sachverstand und Expertise nachweisen kann. Aus zivilgesellschaftlicher Sicht wäre es vor allem zentral, die Auswahl der Schwerpunktsetzung aus der Perspektive abzuleiten, in wie weit sie die FAO in die Lage versetzt, ihr Kernmandat Hunger- und Armutsbekämpfung effizient umzusetzen. Auch die neue Schwerpunktplanung ist zu umfassend und breit um eine wirkliche Konzentration der Aufgaben auf das Kernmandat festzustellen. Es bleibt in den kommenden Jahren abzuwarten, ob die FAO den Mitgliedsstaaten im Rahmen der Budgetplanungen eine sinnvolle Konzentration vorschlägt oder sich im weiten Bereich der über 60 erwarteten Ergebnisse in zu vielen Detailprojekten verliert.

Die Reaktion auf die Welternährungskrise war im Hinblick auf die Umsetzung der Evaluierungsergebnisse nicht ermutigend. Der Generaldirektor der FAO, Jacques Diouf, hat sich in der Krise besonders für die Lieferung von Saatgut und Düngemitteln in Entwicklungsländer stark gemacht, um die Agrarproduktion anzukurbeln. Die Evaluierung hatte gerade ergeben, dass die FAO sich aus solch operativer Pro-

jektarbeit vor Ort zurückziehen sollte, da schlug das Management solche Hilfsprojekte als Umgang mit der Krise vor. Gleichzeitig konnte die FAO beim Management der Krise keine zentralen Akzente setzen. Es war Ban Ki-Moon, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, der 2008 dann eine bessere Koordination einforderte und eine High Level Task Force (HLTF) zur Hungerkrise einberief, seitdem sie zumindest die Arbeit der verschiedenen Sonder- und Unterorganisationen der Vereinten Nationen koordiniert hat. Für die weitere Arbeit der FAO wäre es wünschenswert, die Organisation folgt den Empfehlungen der Evaluierung und konzentrierte sich auf ihre Stärken.

Die Auswahl zukünftiger Themen und die Prioritätensetzung sollte nicht von der Logik bisheriger Budgetrestriktionen bestimmt werden, sondern von der inhaltlichen Aufgabe der Hilfe der Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung des Kernmandates: Hunger- und Armutsreduktion, Förderung ländlicher Entwicklung und dem nachhaltigen Management natürlicher Ressourcen. Auf dem Welternährungsgipfel 1996 hatten sich die Mitglieder der FAO verpflichtet, die Zahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren. Die Reduktion von Hunger, Unterernährung und Armut wurde zudem im Jahr 2000 als erstes Ziel von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in die Liste der Jahrtausendentwicklungsziele (MDGs = Millennium Development Goals) aufgenommen. Von allen MDGs ist aber gerade bei der Hungerzielsetzung am wenigsten Fortschritt erreicht worden. Die absolute Zahl der Hungernden ist seit dem Jahr 2000 sogar gestiegen. Dies liegt unter anderem daran, dass in der bisherigen Arbeit der FAO die besonderen Anliegen und Bedürfnisse von Gruppen, die besonders hungergefährdet und einkommensschwach sind, zu wenig berücksichtigt wurden. Immer noch leben zwei Drittel aller Hungernden auf dem Lande. Bei gut der Hälfte der Hungernden handelt es sich nach UN-Angaben um Klein- und Kleinstbauernfamilien. Bei weiteren 22 Prozent der Hungernden handelt es sich um landlose Familien, die vorrangig von ihrem Einkommen als Landarbeiter und im informellen Sektor leben, etwa acht Prozent gehören zur Gruppe der Fischer und Nomaden. Stark wächst derzeit die Zahl der Hungernden und Unterernährten im städtischen Raum. Die FAO sollte sich bei der Auswahl von Schwerpunkten, wie auch bei der Umsetzung von Programmen und Projekten, nach Meinung zivilgesellschaftlicher Organisationen konsequenterweise besonders um die Förderung dieser von Hunger- und Unterernährung besonders betroffener Gruppen kümmern.

Gestärkt werden muss unserer Meinung nach die Fähigkeit der FAO, die Umsetzung internationaler Zielvorgaben - wie derjenigen vom Welternährungsgipfel oder den MDGs - durch ihre Mitgliedsstaaten zu überwachen. Das Mandat für das Monitoring von staatlicher und internationaler Hungerbekämpfung ist bislang zu schwach. Das nun reformierte Komitee (Committee on World Food Security = CFS) für Welternährungssicherheit sollte deshalb in seiner weiteren Ausgestaltung ein starkes Mandat für die Überwachung erhalten. Gerade das Monitoring staatlicher wie internationaler Hungerbekämpfung kann mithelfen, staatliches Handeln zu verbessern und zu sehen, welche Politikmaßnahmen Erfolge mit sich bringen und welche nicht. Die FAO sollte deshalb eine übergeordnete, überstaatliche und neutrale Instanz darstellen, die das Mandat zum Monitoring staatlicher Fortschritte in der Hunger- und Armutsbekämpfung inne hat. Dies sollte insbesondere auch die Umsetzung der freiwilligen Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung betreffen.

Im Rahmen der IEE wurde wiederholt das Argument vorgebracht, dass sich die FAO in Zukunft vor allem auf eine ihrer Stärken konzentrieren soll, sich hierbei auf die internationale Normsetzung konzentrieren und die praktische Arbeit als Durchführungsorganisation weitgehend einstellen sollte. In der Tat ist die Arbeit als Projektdurchführungs- und Umsetzungsorganisation auf Länderebene kaum noch von Nöten. Der unabhängige Evaluierungsbericht empfiehlt die Einstellung der technischen Arbeit im Ausland und eine Konzentration auf die Politikberatung. Dem ist aus zivilgesellschaftlicher Perspektive zuzustimmen. Die FAO sollte eine wichtige Rolle bei der Politikberatung von Regierungen spielen, gerade im Hinblick auf die Umsetzung der Kernaufgaben. Von daher sollten entsprechende Beratungskapazitäten auf Länderebene verstärkt werden, beispielsweise integriert in die neuen UN-Häuser im Land.

Einer der Stärken der FAO, die in der Evaluierung identifiziert wurde, ist das Management und die Auswertung von Daten zur Welternährungssituation, zur Entwicklung von Agrarmärkten etc. Entsprechend sollte die FAO eine zentrale Stelle innerhalb der UN-Organisationen für Wissensmanagement zu den Themen Hunger- und Armutsbekämpfung einnehmen. Die FAO sollte dabei die Rolle eines übernationalen und unabhängigen Wissensspeichers zu den Kernthemen ihrer Arbeit übernehmen. Die FAO sollte sich dabei auf die praxisgerechte Abrufbarkeit und Vermittlung von Wissen zu „Food and Agriculture“ spezialisieren. Ein solches Wissensmanagement sollte ebenfalls Analysen zur Früherkennung von Hungerkrisen umfassen, wie die Bereitstellung von Forschungsergebnissen zur Anpassung zum

Klimawandel, Katastrophenvorhersage und Katastrophenvorsorge sind Themen, die die FAO entsprechend bearbeiten sollte. Der Bericht der IEE stellt die Rolle der FAO als Dienstleister im Bereich der Bereitstellung von Statistiken hervor. Bislang basieren die meisten Statistiken der Organisation auf der Übernahme von Landesdaten. Hier müsste die Rolle der FAO sein, die Standards der Datengenese zu setzen bzw. zu verbessern und deren Einhaltung zu überprüfen. Der Verifizierung von Daten und Angaben sollte eine große Bedeutung beigemessen werden.

Welche Themen sollten im Zentrum stehen?

Das Recht auf Nahrung sollte handlungsleitend für die gesamte Arbeit der FAO in allen Themenbereichen sein. Die freiwilligen Leitlinien sollten als Orientierung für die Arbeit im Bereich der Politikberatung genutzt werden und gleichzeitig als Ausgangspunkt für ein effektives Monitoring der Aktivitäten zur Hunger- und Armutsreduktion dienen. Zentrales Thema für die Umsetzung der Kernaufgaben der FAO sollte die Beratung der Mitgliedsländer bei der Frage sein, wie der Zugang zu produktiven Ressourcen (Land, Wasser, Saatgut etc.) verbessert und ökologisch nachhaltig abgesichert werden kann. Hier sollte die FAO ein umfangreiches aber leicht handhabbares Wissensmanagement aufbauen, Länder beraten können und die entsprechenden Kenntnisse zur Verfügung stellen. Das nachhaltige Management natürlicher Ressourcen sollte zu einer Kernaufgabe der Organisation werden. Die geplante Entwicklung von freiwilligen Leitlinien für gute Regierungsführung beim Zugang zu Land ist in dieser Hinsicht besonders zu begrüßen.

Der Klimawandel wird gravierende Auswirkungen auf die Landwirtschaft in allen Teilen der Welt haben. Wissensmanagement und Bereitstellung von anwendungsorientierten Forschungsergebnissen und Praxislösungen sowohl über die zu erwartenden Auswirkungen, als auch über nationale und lokale Anpassungsstrategien sollten eine der zentralen Aufgaben der FAO werden. Gerade ärmere Entwicklungsländer haben selbst nur unzureichende Kapazitäten, den Anpassungsbedarf im Bereich der Landwirtschaft aber auch im Bereich der anderen natürlicher Ressourcen erheben zu können. Zu diesem Themenbereich sollte ebenfalls eine Beteiligung der FAO an der Früherkennung von Wetterunregelmäßigkeiten und –katastrophen sein. Die Zahl der extremen Wetterphänomene wird aller Voraussicht nach stark zunehmen. Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft abzuschätzen und entsprechende Informationen bereitzustellen, sollte eine Aufgabe der FAO sein.

Eine weitere zentrale Aufgabe der FAO sollte darin liegen, Entwicklungsländer bei der nachhaltigen Gewinnung von Energie aus nachwachsenden pflanzlichen Rohstoffen zu beraten und zu unterstützen. Es gilt, negative Auswirkungen einer wachsenden globalen Nachfrage nach Agrartreibstoffen als Ersatz fossiler Treibstoffe zu vermeiden und Länder darin zu beraten, wie sie energetische Potentiale der Landwirtschaft ökologisch nachhaltig nutzen können (Biogas, Nutzung von Pflanzenresten etc.). Um negative Auswirkungen der Agrartreibstoffgewinnung zu vermeiden, sollte die FAO hier auch im norm- und standardsetzenden Bereich tätig werden und sich u.a. für eine Regulierung großflächiger Landaufkäufe einsetzen.

Die Beratung bei der Förderung landwirtschaftlicher Produktion sollte sich zunächst auf besonders benachteiligte Produzenten in Entwicklungsländern konzentrieren. Die internationale Agrarforschung hat sich bislang vor allem um eine Förderung der Agrarproduktion in landwirtschaftlichen Gunstgebieten gekümmert. Eine entwicklungsorientierte Förderung von Kleinproduzenten in landwirtschaftlich eher benachteiligten Regionen hat bislang keine Rolle gespielt. Dabei wird es in Zukunft im Wesentlichen darauf ankommen, einerseits Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft zu schaffen. Für die FAO gilt jedoch die Herausforderung, dass Agrarproduktion auch an weniger produktiven bzw. marginalen Standorten nachhaltig gelingen muss, um den Anforderungen angesichts wachsender Weltbevölkerung, boomender Energienachfrage und steigender Klima- und Wetterrisiken entsprechen zu können.

Einen eigenen Schwerpunkt sollte bei der FAO in Zukunft die Beratung und Förderung nachhaltiger Landwirtschaft, ländlicher Entwicklung, Fischerei und Forstwirtschaft erhalten. Die derzeitigen Nutzungsformen von Böden, Wasser, Fischerei und Forstwirtschaft sind in großem Umfang nicht nachhaltig. Durch Übernutzung wird die Regenerationsfähigkeit dieser Ressourcen vielfach unterbunden. Gerade im Bereich der Fischerei ist eine Orientierung an einer nachhaltigen Nutzung der Ressourcen dringend geboten. Viele landwirtschaftliche Intensivregionen übernutzen ihre natürliche Ressourcenausstattung

seit vielen Jahren. Dies gilt sowohl im Hinblick auf das verfügbare Wasser wie auch im Hinblick auf Bodenfruchtbarkeit.

Erhalt der Artenvielfalt ist eine zentrale Aufgabe, die die FAO besonders für den Bereich der landwirtschaftlichen Ressourcen mit verfolgen sollte. Der Erhalt der Artenvielfalt sowohl bei Nutzpflanzen wie bei Nutztieren ist eine Notwendigkeit, um Landwirtschaft langfristig nachhaltig betreiben zu können. Angesichts des Klimawandels ist der Erhalt der Artenvielfalt eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung standortgerechter Anpassungsstrategien.

Als Organisation, die sich in ihrer Kernaufgabe um Hunger- und Armutsreduktion kümmert, sollte die FAO auch Kenntnisse mit entwickeln helfen, wie nicht-selbsthilfefähige Gruppen vor Hunger und Unterernährung geschützt werden können. Zum Welternährungsgipfel + 5 hatte die FAO Überlegungen vorgestellt, dass es zur Hungerbekämpfung eines „Twin Track approach“ bedarf, d.h. selbsthilfefähige Gruppen zu befähigen, sich selbst mit Nahrungsmitteln zu versorgen bzw. ein angemessenes Einkommen zu erzielen. Für nicht-selbsthilfefähige Gruppen (HIV-Aids Waisen, Alte etc.) müssen Formen der langfristigen Versorgung gefunden werden, wie soziale Transferzahlungen im Rahmen von einer Grundversorgung. Hier sollte die FAO in der Politikberatung in Zusammenarbeit mit anderen Sonder- und Unterorganisationen der Vereinten Nationen tätig werden.

Zusammenfassend sollte die Reform der FAO von den Mitgliedsstaaten genutzt werden, wieder eine starke und von allen Akteuren mitgetragene UN-Sonderorganisation zum Thema Ernährungssicherheit zu schaffen und diese auch entsprechend finanziell auszustatten. Selbstverständlich sollte die FAO eng mit den anderen internationalen Organisationen im Themenfeld zusammenarbeiten. Hierzu bietet das reformierte Komitee für Welternährungssicherheit (CFS) einen guten Rahmen. Die derzeitigen Bemühungen einiger Industrieländer, parallele Organisationen - wie eine globale Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit zu schaffen -, wird langfristig nicht hilfreich sein, für Kohärenz in diesem Themenfeld internationaler Politik zu sorgen. Nach dem G8 Gipfel im Juli 2009 in Italien möchten mehrere Industrieländer einen eigenen Treuhandfonds bei der Weltbank einrichten, der die zugesagten 20 Mrd. Dollar verwalten soll. Die Hoffnung, dass Organisationen wie die Weltbank mit ihrer problematischen Stimmgewichtung langfristig dieselbe Unterstützung in Ländern des Südens erhalten, wie sie UN-Organisationen haben, ist illusorisch. Wenn „ownership“ im Rahmen der Paris und Accra Agenda der Entwicklungszusammenarbeit so zentral eingefordert wird, dann sollten die Industrieländer konsequent auch im Bereich der „governance“ internationaler Organisationen sich für die Stärkung der Organisationen aussprechen, in denen die Länder des Südens eine Stimme haben. Der Einsatz der Gelder aus dem G8-Prozess sollte deshalb im Rahmen des reformierten Komitees für Welternährungssicherheit erfolgen.

Michael Windfuhr, Brot für die Welt, Tel.: 0711-2159-743 / 0172-1425980